

„Nützlicher ‚Nebeneffekt‘ einer Finanztransaktionssteuer wäre wenigstens ein Ansatz von Verteilungsgerechtigkeit.“ (Seite 3)

AK-Präsident
Hubert
Hämmerle



Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

www.ak-vorarlberg.at

Steuereinnahmen steigen: Beschäftigte Zahlmeister

Seite 3



12.000 Bücher und andere Medien stehen in der neuen AK-Bibliothek in Bludenz zur Auswahl. Bibliothek und AK-Geschäftsstelle feiern am 22. Juni Tag der offenen Tür. Seiten 6/7

Aus dem Inhalt

Frauen in technischen Berufen immer noch rar

Vanessa Kronegger absolviert eine Lehre als Kfz-Technikerin. Ihren Ausbildungsplatz musste sie allerdings lange suchen.

Seite 4

Verwirrung bei Kinderbetreuungsgeld

Die komplizierten neuen Bestimmungen für das Kinderbetreuungsgeld verwirren die Eltern. Auf alle Fälle heißt es genau rechnen!

Seite 5

Strafe für fehlenden Energieausweis

Vermieter und Verkäufer drohen ab dem 1. Dezember 2012 hohe Strafen, sollten sie über keinen gültigen Energieausweis verfügen.

Seite 8

Erstmals weniger gefährliche Produkte

Die Zahl der Meldungen über gefährliche Produkte innerhalb der EU ging 2011 erstmals zurück. Am meisten betroffen waren nach wie vor Bekleidung und Textilien.

Seite 9

Großes Interesse an Smartphone-Kursen

Bereits dreimal haben AK-Bildungszentren und AK-Konsumentenberatung gemeinsam einen Kurs zu Nutzung und Sicherheit von Smartphones gegeben. Im Herbst geht's weiter.

Seite 12

Ihre Meinung wird belohnt!

Unter allen Leserreaktionen auf diese Ausgabe verlost die AKtion wieder einen E-Book-Reader.



Seite 12

Arbeit und Recht

Eingeführt wurde die Altersteilzeit 1999, die Bestimmungen in den vergangenen Jahren aber mehrmals geändert. Welche genauen Zugangsvoraussetzungen aktuell erfüllt und welche Regelungen beachtet werden müssen, finden Sie übersichtlich und verständlich in dieser Broschüre der AK Vorarlberg beschrieben.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Bedarf an Nachhilfe immer noch sehr hoch

Im laufenden Schuljahr haben Vorarlberger Eltern fünf Millionen Euro für außerschulische Nachhilfe ihrer Kinder ausgegeben, 2011 waren es noch 5,5 Millionen.

Eine aktuelle Befragung des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) hat ergeben, dass der Bedarf an privat finanzierter Nachhilfe immer noch ungebrochen hoch ist. Für betroffene

Familien bedeutet das einen Aufwand von durchschnittlich 735 Euro. Besonders für Geringverdiener und Familien mit Migrationshintergrund bedeutet das eine hohe beziehungsweise spürbare finanzielle Belastung.

Externe Nachhilfe

30 Prozent der Vorarlberger Eltern gaben bei der Befragung an, dass zumindest eines ihrer Kinder im laufenden

Schuljahr oder in den letzten Sommerferien eine externe Nachhilfe benötigt hat. In rund zwei Drittel der Fälle handelte es sich dabei um bezahlten Förderunterricht.

In 43 Prozent der Fälle wurde in Vorarlberg die Nachhilfe von Lehrkräften erteilt, ein auffallend hoher Wert im Vergleich zum bundesweiten Schnitt von 32 Prozent. Auf dem zweiten Platz folgen Nachhilfe-Institute, die von 23 Prozent der Familien in Anspruch genommen wurden.

Drei Viertel der Eltern lernen zumindest gelegentlich mit ihren Kindern und kontrollieren Aufgaben, 54 Prozent sind damit sogar mehrmals in der Woche beschäftigt. Seite 10

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Machtdemonstration statt gegenseitiger Rücksichtnahme“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Ausstieg eines beträchtlichen Teils der Unternehmen der Metallindustrie aus der Kollektivvertragsgemeinschaft ist eine Kampfansage an die Arbeitnehmer. Jetzt wollen einige Industrielle zeigen, wie sie ihre Mitarbeiter bei den Lohnverhandlungen in die Knie zwingen können. Nachdem die Arbeitnehmer die Zeche für die Spekulations- und Bankenkrise gezahlt haben, ist nun nicht die Rückkehr zu einer vernünftigen Lohnpolitik angesagt, die sich seit Jahrzehnten bewährterweise an der Inflation und der Produktivitätsentwicklung orientiert. Nun will die Industrie zeigen, wo tatsächlich die Macht liegt – als ob das

angesichts der völligen Schiefelage in der Vermögens- und Einkommensverteilung nicht sowieso schon klar wäre. Gedacht ist diese Aktion des Fachverbandes der Maschinen- und Metallwarenindustrie, dessen Mitglieder in den letzten Jahren ganz enorme Umsatz- und Gewinnsteigerungen verzeichnen konnten, als Antwort auf den guten Lohnabschluss der Metallindustrie des letzten Jahres. Es fällt den Scharfmachern unter Österreichs Industriellen offenbar nicht im Traum ein, ihre Mitarbeiter durch faire Lohnabschlüsse am betrieblichen Wohl teilhaben zu lassen. Sie wollen die Uhren zurückdrehen und fühlen sich wohl mehr zu einem pat-

riarchalen Klassensystem denn einem sozialpartnerschaftlichen Dialog hingezogen. Deshalb läuten bei den Gewerkschaften die Alarmglocken. Diese Aufkündigung der bewährten Sozialpartnerschaft lässt harte Auseinandersetzungen erwarten, die wohl nicht nur ein paar Industriebetriebe betrifft. Dabei ist dieser sich abzeichnende Konflikt angesichts der wirtschaftlichen Fundamentaldaten völlig absurd. Durch eine sehr bescheidene Lohnpolitik der letzten 15 Jahre hat sich die Wettbewerbsposition unserer Wirtschaft im Vergleich zu den Handelspartnern laufend verbessert. Wir sind zusammen mit Deutschland eines der wettbewerbsfähigsten Län-

der der Welt. Das ist zu einem erheblichen Teil, aber beileibe nicht allein der Verdienst der Unternehmer. An diesem Erfolg haben fleißige Arbeitnehmer ihren Anteil. Und dennoch steigen seit Jahrzehnten die Gewinne der Unternehmer weitaus stärker als die Einkommen der Arbeitnehmer. Dazu kommt noch eine Steuerpolitik, die Arbeitseinkommen hoch und Vermögenseinkommen gering bis gar nicht belastet. Insgesamt eine Schiefelage, die dazu beiträgt den sozialen Frieden nachhaltig zu untergraben. Das aber wollen einige Mächtige in diesem Land ganz offensichtlich.

„Milliardenausüttungen für die Aktionäre, Millionen für die Manager und nichts für die Arbeitnehmer“

Rainer Keckeis
AK-Direktor Rainer Keckeis

Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Redaktionsleitung:
Dietmar Brunner, Arno Miller

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Bilderbox, fotolia, Jürgen Gorbach, Dietmar Mathis, VLK, D. Brunner

Druck: Vorarlberger Medienhaus, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Leserforum

„Kein Interesse, nein danke!“ und aufliegen

AKtion Mai 2012: Unseriöses Gewinnspiel auf Dornbirner Messe
Wir sind auch schon mehrmals durch unerwünschte Werbeanrufe gestört worden. Da gibt es Firmen, die sich sehr hartnäckig verhalten. Wir sagen: „Kein Interesse, nein danke!“
Priska Böhler, Wolfurt

Bestätigung für SMS-Empfang
Kostenfallen am Handy (Schwerpunkte in der AKtion April und Mai)
Beim Kauf eines neuen Handys sollten Sie unbedingt kontrollieren, ob die SMS-Sende- bzw. SMS-Empfangsbestätigung ausgeschaltet ist. Ist diese Be-

stätigung nicht ausgeschaltet, verrechnet ein Netzbetreiber für jede SMS, die gesendet wurde, 25 Cent. Laut meinem Anruf bei der Hotline kann diese Option nicht vom Betreiber abgeschaltet werden, sondern nur direkt am Handy.
Reinhard Decker, E-Mail

„Mit der Gerechtigkeit ist es nicht weit her“

AKtion Mai 2012: Kommentar „Unfairer Spritpreis“
Soll die Pendlerpauschale angehoben werden? Ja, unbedingt! Als ich meinen ersten Diesel-Pkw kaufte, lag der Dieselpreis bei ca. 0,70 Euro und jetzt kostet Diesel mehr als doppelt so viel! Für Menschen mit Gehbehinderung, die also öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können, ist diese Preissteigerung extrem. Es wäre daher für uns Behinderte außerordentlich wichtig, dass die Pendlerpauschale erhöht wird.
Barbara Ghesla, Hard

Teurer Sprit hin oder her – Autos werden gekauft, getankt und gefahren. Was die Pendlerpauschale betrifft, geht es nicht sauber zu. Wenn ein Mercedes-Fahrer bei einer kürzeren Strecke mehr Pauschale bekommt als ein Fiat-Fahrer bei einer längeren Strecke, dann ist es mit der Gerechtigkeit nicht weit her. Macht was!
Gertraud Six, Bludesch



Die AK Vorarlberg fordert die Anpassung der Pauschale an die realen Kosten.



AK-Präsident Hämmerle mit dem Team der Firma Dorner Electronic, die Komplettlösungen für die Baustoffindustrie entwickeln.

AK-Präsident Hubert Hämmerle besucht den Bregenzerwald

Der Arbeitnehmertag im Mai führte Hubert Hämmerle in den Bregenzerwald nach Egg und Andelsbuch.

Bei Arbeitnehmertagen nimmt AK-Präsident Hubert Hämmerle die Gelegenheit wahr, Unternehmen verschiedener Branchen in verschiedenen Regionen zu besuchen.

Jede Sparte hat ihre ganz speziellen Herausforderungen, aber auch die Region spielt oft eine große Rolle. Im Bregenzerwald ist der Fachkräftemangel beispielsweise ein bestimmendes Thema. So finden zwar viele gut ausgebildete Facharbeiter den Weg ins Rheintal, sehr viel seltener wird aber in den Wald „gependelt“.

Fundierte Basis
„Mir ist es als Arbeitnehmervertreter wichtig, auch die Standpunkte der Wirtschaftstreibenden zu verstehen. Nur wer beide Seiten kennt, kann auf einer fundierten Basis Entscheidungen treffen und sich in Diskussionen einbringen“, sagt Hämmerle.

Besucht wurden Dorner Electronic in Egg, Auto Meusburger und Felder Mechanik in Andelsbuch. Danach fand eine Sprechstunde im Gemeindeamt Andelsbuch statt.



Bei Felder Mechanik richtet man sich vom Kessel für die Käseerzeugung bis hin zur Metall-Fassade für den privaten Wohnbau auf jeden Kundenwunsch ein.



Hubert Hämmerle zu Gast beim Autohaus Meusburger in Andelsbuch.

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leserinnen und Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Sony eBook-Reader im Wert von rund 150 Euro aus der letzten AKtion hat Barbara Ghesla gewonnen.

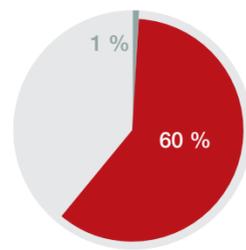
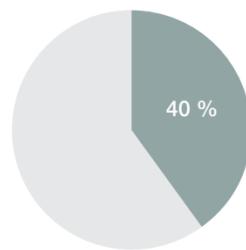
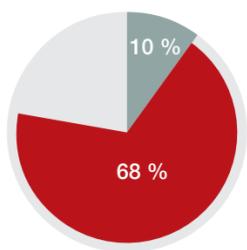
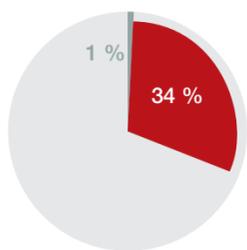
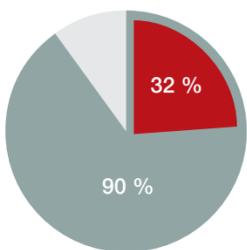
Der Gewinn wird in den nächsten Tagen per Post zugesandt. Wir gratulieren!



Die Gewinner der Festspiele-Aktion

Unter allen, die über die AK Vorarlberg vergünstigte Karten für die Bregenzer Festspiele gekauft haben, wurden Sachpreise verlost:

- Otto Kicking, Lochau, und Nadja Speckle, Übersaxen, können ihren Festspielbesuch mit je einem Abendessen für zwei Personen krönen.
- Je ein Merchandising-Paket der Bregenzer Festspiele haben Michaela Hafner, Rankweil, Griselda Hartmann, Dornbirn, und Ralph Poschenrieder, Hörbranz, gewonnen. Herzliche Gratulation!



90 % der Gesamtbevölkerung in Österreich besitzen 32 % vom Gesamtvermögen

1 % der Gesamtbevölkerung in Österreich besitzt 34 % vom Gesamtvermögen

10 % der Gesamtbevölkerung in Österreich besitzen 68 % vom Gesamtvermögen

40 % der Gesamtbevölkerung in Österreich besitzen 0 % vom Immobilienvermögen

1 % der Gesamtbevölkerung in Österreich besitzt 60 % vom Immobilienvermögen

Gerechtigkeit: Die Politik muss endlich Maßnahmen setzen!

Nur langsam kommt Bewegung in die Debatte um die gerechte Verteilung von Vermögen und Wertzuwachsen. Derweil gerät das demokratische Gefüge immer stärker unter Druck.

Francois Hollande gab als gerade neugewählter Präsident die Parole „Produktion statt Spekulation“ aus – Frankreich und seine Bürger sollen wieder reale Werte schaffen statt an den Börsen Geld zu verlocken. Kurz zuvor schon hatte Deutschlands Finanzminister aufhorchen lassen. Bei den anstehenden Lohnverhandlungen müsse mehr für die Arbeitnehmer herauschauen als die letzten Jahre – Wolfgang Schäuble, alles andere als im Verdacht stehend, besonders links zu stehen, nahm damit die Unternehmen in der Pflicht, die Beschäftigten am deutschen Wirtschaftswunder II zu beteiligen.

Selbst unter den so genannten Reichen gibt es solche, die bei der Debatte über Verteilungsgerechtigkeit nicht reflexartig untertauchen oder in Jammern verfallen. Zitat Strabag-Chef Hans Peter Haselsteiner: „Die Reichen sollen nicht so weinerlich sein (...) Unvernünftig hohe Einkommen sollen unvernünftig hohe Steuersätze haben.“ Zitat Ende („Format“ 18/2012).

Dringender Handlungsbedarf

Zumindest erkennen und benennen nun auch namhafte Spitzenpolitiker und -unternehmer den dringenden Handlungsbedarf. In Zeiten, wo laufend unvorstellbar hohe Summen für ständig „letzte“ Rettungsmaßnahmen bereitgestellt werden, manifestiert sich bei Normalsterblichen, die das alles längst nicht mehr durchschauen, vor allem dieses Gefühl: Für andere ist offenbar Geld vorhanden, für mich „kleinen Mann“ jedoch nicht.

Der Eindruck ist keineswegs völlig falsch. Vergleicht man nur zum Beispiel die Entwicklung der Einkommen und der Steuern in Österreich zwischen dem Jahr 2000 und 2010, so haben Unternehmensgewinne und

Besitzeinkommen am stärksten zugenommen, die Steuereinnahmen daraus jedoch am wenigsten. Bei den Löhnen verhält es sich genau umgekehrt: Die Lohnsteuereinnahmen stiegen um 41 Prozent, die Löhne jedoch nur um 35 (siehe Grafik unten).

Vermögen in wenigen Händen

Ganz generell ist Vermögen ungerecht verteilt. Gerade ein Zehntelprozent (!) besitzt gleich viel an Barvermögen wie die untere Hälfte der Bevölkerung, nämlich acht Prozent. Das reichste Prozent der Österreicher besitzt mehr als ein Viertel des gesamten Geldvermögens. Ähnlich verhält es sich bei Immobilien (siehe Grafik oben).

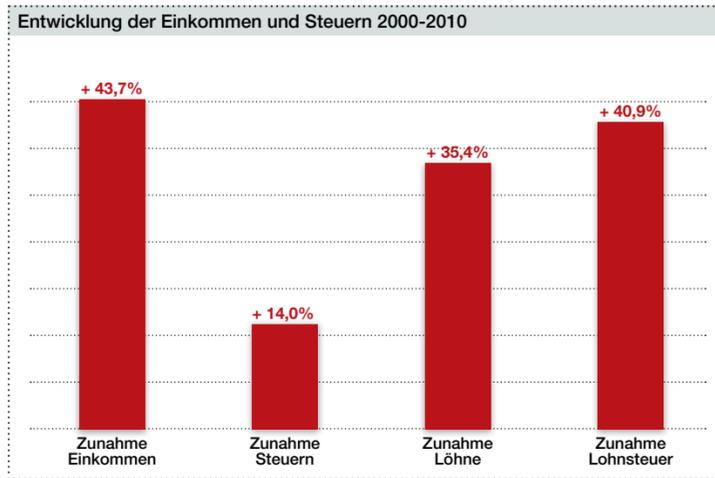
Demokratie unter Druck

Verteilungsgerechtigkeit war zentrales Thema der Vollversammlung der AK Vorarlberg diesen Monat. AK-Präsident Hubert Hämmerle kritisierte einmal mehr die Angst der Politiker, durch ein gerechteres Steuersystem bei den Vermögenden anzuecken. Stattdessen kamen zwei Drittel der Mehreinnahmen bei Steuern im ersten Quartal von den Lohnsteuerzahlern. Durch eine Finanztransaktionssteuer wäre nicht nur Geld zu holen, so Hämmerle, „der nützliche Nebeneffekt wäre auch die Eindämmung der Spekulationsexzesse und zumindest ein Ansatz von Verteilungsgerechtigkeit.“

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Sieglinde Rosenberger schilderte der Vollversammlung eindringlich, wie durch die Übermacht anonymer Investoren langsam die Demokratie ausgehöhlt wird: „Die ‚Märkte‘ müssen nur auf die Bedürfnisse von wenigen Rücksicht nehmen.“ Die Politik muss sich genau umgekehrt verhalten und darauf achten, dass es der so genannten breiten Masse gut geht. „Die faire Verteilung ist die Grundbedingung für Demokratie“, so Rosenberger. Doch Demokratie braucht Zeit für Diskussion und Abwägung. Wenn Millionen innerhalb von Sekundenbruchteilen verschoben werden können, Ratingagenturen über das Schicksal von Staaten entscheiden, dann verliert die Politik massiv an Spielraum. „Diesen muss sie zurückgewinnen“, appellierte Rosenberger.



Durch den Demokratieverlust erhalten radikale und extreme Kräfte – vor allem am rechten Rand – Zulauf, warnt Prof. Sieglinde Rosenberger.



Österreicher bezahlen mehr für Bildung

In Österreich zahlen Private verhältnismäßig viel und der Staat wenig für Weiterbildung. Das zeigt eine Vergleichsstudie des Instituts für Höhere Studien (IHS) unter fünf Ländern, die bei einer Veranstaltung der Arbeiterkammer Wien präsentiert wurde. Demnach werden in Österreich pro Jahr 2,6 Mrd. Euro für Weiterbildung ausgegeben. Mehr als 20 Prozent der Kosten tragen die Lernenden selbst, in den Vergleichsländern Finnland und Schweden sind es nur acht Prozent, in Großbritannien sechs und in Australien fünf Prozent. Der Anteil, der von Bund und Ländern finanziert wird, ist in Österreich mit acht Prozent indes am geringsten. Rund je ein Drittel wird von Unternehmen bezahlt.



Private müssen bei uns tief in die Tasche greifen.

Wiedereingliederung: Land zufrieden

Das vom Land Vorarlberg und dem Arbeitsmarktservice (AMS) im Dezember 2010 getroffene Verwaltungsabkommen zur Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung erweist sich als erfolgreich. Die Wiedereingliederung arbeitsfähiger Menschen in den Arbeitsmarkt konnte in mehr als einem Drittel der Fälle erreicht werden, so eine Zwischenbilanz. Neben dem arbeitsmarktpolitischen Ansatz ist auch der sozialpolitische Aspekt wichtig: Seit der Einführung der Mindestsicherung haben 2973 Personen zusätzlich eine e-card und somit einen direkten und kostenlosen Zugang zu ärztlicher Versorgung erhalten.

122 Mikrokredite vergeben

Mit dem Ziel arbeitslose Unternehmensgründer sowie kleine und Ein-Personen-Unternehmen mit Kapital für eine Gründung bzw. die laufende Finanzierung zu versorgen, rief das Sozialministerium vor zwei Jahren das erste Mikrokreditprogramm Österreichs ins Leben. Nach ausführlicher Beratung und Prüfung wurden mittlerweile insgesamt 122 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Millionen Euro vergeben, die durchschnittliche Kredithöhe betrug 11.305 Euro. Bis zum Ende des Programmes im Mai 2013 soll die Zahl der Kredite auf 250 steigen.

Kurz gemeldet ...

► Die Krankenkassen haben im Vorjahr einen Überschuss von 291 Millionen Euro erzielt. Erstmals wiesen alle Kassen ein positives Ergebnis auf. ► Das Problem mit hohem Franken lässt die Schweizer Konsumenten kalt: Sie schätzen sowohl die Wirtschaftslage als auch den Arbeitsmarkt besser ein als noch vor einem Jahr.



Ein Interview mit Prof. Sieglinde Rosenberger sehen Sie auf dem AK-Videoportal



AK unterstützt migrantische Vereine

Schon seit Jahrzehnten unterstützt die AK Vorarlberg das Engagement von migrantischen Vereinen im Land. Sie tragen zum gegenseitigen Verständnis unterschiedlicher Kulturen bei. Gedankenaustausch war ein Ziel der Einladung an die Vereinsobleute und Stellvertreter, mehr über das Angebot der AK Vorarlberg zu erfahren. Für Menschen mit Migrationshintergrund gibt es beispielsweise Beratungen in bestimmten Muttersprachen. Aydin und die Band „Harmonie“ verliehen dem Treffen auch musikalisch eine interkulturelle Note.



Motoröl, Zündkerzen, Hebebühne – Kfz-Lehrling Vanessa Kronegger fühlt sich in der Autowerkstatt ganz in ihrem Element.

Dumme Sprüche verstummen, wenn Vanessa Vollgas gibt

Als Frau in einer Männerdomäne zu arbeiten und sich durchzusetzen – Kfz-Lehrling Vanessa Kronegger weiß, wie das ist. Trotz vieler Absagen und dummer Sprüche hat sie nie an ihrem Berufsziel gezweifelt.

Vanessa Kronegger steckt unter der Motorhaube eines Mercedes A-Klasse-Modells. Sie steht auf den Zehenspitzen, die schwarzen Arme bis zu den Ellbogen im Motorraum vergraben. Das typische Mädchen, das sich die Fingernägel bunt anmalte, sei sie nie gewesen. „Ich bin schon zufrieden, wenn ich abends die Fingernägel sauber habe“, meint sie. Die 17-Jährige macht bei Mercedes Schneider in Nüziders eine Lehre zur Kraftfahrzeugtechnikerin und ist im dritten Lehrjahr. Schon immer wollte Vanessa einen handwerklichen Beruf erlernen.

In der Polytechnischen Schule hatte sie sich für den Fachbereich Metall eingeschrieben. „Wir haben dann in verschiedene Berufe, die mit der Ver-

arbeitung von Metall zu tun haben, hineingeschnuppert. Der Kfz-Techniker hat mir dabei am besten gefallen“, erzählt sie. Die schwere Arbeit und der Schmutz, den man dabei abkriegt, haben sie nie abgeschreckt. Im Gegensatz zu ihren Schulkolleginnen. Ganz verstehen konnten sie Vanessas Entscheidung damals nicht. Und auch heute noch können andere Mädchen, wenn es ums Thema Auto und Technik geht, nicht viel mitreden. Vielleicht hat die 17-Jährige auch deshalb mehr männliche Freunde, mit denen sie über ihre Arbeit fachsimpeln kann.

Kein Beruf für eine Frau

Doch obwohl Vanessa schon früh wusste, welchen Beruf sie erlernen möchte und in einige Betriebe hineinschnupperte, fand sie erst kurz vor dem Ende des Schuljahres eine Lehrstelle. „Ich habe nur Absagen bekommen“, sagt sie. Man habe keine Waschräume für Frauen, die Arbeit wäre zu schwer oder sie könnte schwanger werden,

hieß es. Nur Mercedes Schneider und ein kleinerer Betrieb hatten zugesagt. Letzterer sagte dann doch wieder ab. Angeblich wegen der Wirtschaftskrise. Ihre Vorgängerin hatte die gleichen Problem eine Lehrstelle zu finden. Schade eigentlich, meint die 17-Jährige: „Vielleicht würde es mehr Mädchen in technischen Berufen geben.“

Keine Sonderbehandlung erwartet

Mittlerweile ist sie eine tüchtige Mitarbeiterin in der Werkstatt und eine der besten Schüler in der Berufsschule geworden. „Als einziges Mädchen in der Klasse musste ich mir von den Schulkollegen anfangs schon dumme Sprüche anhören“, erzählt Vanessa. Doch konnte sie sich schnell in der Männerdomäne durchsetzen. Eine Sonderbehandlung bekommt sie, weil sie ein Mädchen ist, nicht. Das habe sie auch nie erwartet. Nur hin und wieder, das muss sie zugeben, gehen ihr die Kollegen zur Hand, wenn sie das Gefühl haben, etwas wäre ihr zu schwer.

I kann's! I trau mer's zu!

Nach wie vor sind Mädchen in technischen Berufen nur sehr wenig vertreten. Seit Jänner 2011 bringen das Mädchenzentrum Amazone, die Unternehmen Julius Blum GmbH und Grass GmbH, das Vorarlberger Landestheater, die Wirtschafts- sowie die Arbeiterkammer Vorarlberg den jungen Frauen die Technik näher. „I kann's! I trau mer's zu!“ heißt das Projekt. Die Lehrlinginnen der Betriebe Blum und Grass wollen andere Mädchen für ihren Beruf begeistern. Sie erarbeiten eine Checkliste für technische Unternehmen, damit diese ihre Strukturen für Mädchen verbessern und so Fachkräfte langfristig binden können. Die daraus resultierenden Maßnahmen werden künftig für andere Betriebe zugänglich sein.

Mehr zum Projekt: www.ikanns.at

Wettbewerb „VIDEOAKTIV“: Die AK Vorarlberg aus Sicht der Jugendlichen

„VIDEOAKTIV“: Letzte Runde gestartet

Wer gewinnt den AK-Wettbewerb „VIDEOAKTIV“? Noch bis zum 10. Juni kann man für seinen persönlichen Favoriten stimmen, bevor die Jury schlussendlich die Sieger kürt.

Die Teilnehmer des Wettbewerbs „VIDEOAKTIV“ haben sich ordentlich ins Zeug gelegt. Viele kreative und ausgefallene Clips wurden bei der AK Vorarlberg eingereicht. Sie alle setzen



Noch bis zum 10. Juni können Sie Ihren Favoriten bestimmen.

sich mit einer der Kernkompetenzen der Arbeiterkammer auseinander – also Arbeit, Konsumentenberatung oder Bildung.

Doch wer setzte sein Thema in den vorgegebenen 60 Sekunden am besten um? Noch bis zum 10. Juni kann jeder auf dem Facebook-Account der AK Vorarlberg seinen Favoriten küren. Die Entscheidung, wer denn nun einen der tollen Preise gewinnt, fällt schlussendlich die Jury. Diese besteht neben AK-Präsident Hubert Hämmerle, AK-Direktor Rainer Keckeis und Jürgen Gorbach (Öffentlichkeitsarbeit der AK Vorarlberg) auch aus den Film- und Medienprofis Ulrich Herburger (Leiter des Video-Departements der FH Vorarlberg) und Heidi Weber (Studiengangleiterin Mediengestaltung und InterMedia an der FH Vorarlberg).

VIDEOAKTIV bewerten: www.facebook.com/AKVorarlberg

Lehrlingstipp

Überstunden

Monika befindet sich im dritten Lehrjahr als Einzelhandelskauffrau und ist bereits 18 Jahre alt. Immer wieder kommt es vor, dass Monika länger als geplant arbeiten muss – jedenfalls mehr als die gemäß Handelskollektivvertrag vorgesehene Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden. Wie viele Stunden sie mehr arbeitet, weiß sie allerdings nicht, da sie selbst über keine Arbeitszeitaufzeichnungen verfügt. Bislang wurden die Überstunden weder ausbezahlt noch als Zeitausgleich kompensiert. Sie wendet sich daher an die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg. Dort erfährt sie Folgendes: Lehrlinge ab 18 Jahre dürfen grundsätzlich Überstunden leisten. Die Bezahlung der Überstunden hat auf Basis des niedrigsten im Betrieb ausbezahlt Facharbeiterlohnes samt Überstundenzuschlag von zumindest 50 Prozent zu erfolgen. Anstatt der Bezahlung können die Überstunden auch als Zeitausgleich kompensiert werden – wichtig ist hierbei aber, dass dieser Zeitausgleich im Verhältnis 1 zu 1,5 (eine Überstunde = 1,5 Stunden Zeitausgleich) gewährt werden muss.

Monika erfährt weiters, dass es wichtig ist, tägliche Aufzeichnungen über die tatsächliche Arbeitszeit zu führen. Einen dafür geeigneten Arbeitszeitkalendar bekommt Monika gleich mit. Dieser kann übrigens gern in der Lehrlings- und Jugendabteilung angefordert werden. Liegen nämlich genaue tägliche Arbeitszeitaufzeichnungen vor, können die Ansprüche in schriftlicher Form beim Lehrberechtigten eingefordert werden. Zu beachten ist allerdings, dass aufgrund von Verfallsfristen die Überstunden rechtzeitig geltend gemacht werden müssen. Unter 18 Jahren sind Überstunden generell verboten!

Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülerinnen und Schülern sowie ihrer Lehrerinnen und Lehrer. Dabei wurden ihnen vom Leiter der Jugend- und Lehrlingsabteilung, Mag. Marcus Mayer, die zahlreichen Serviceleistungen sowie der Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer erläutert. Anschließend hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, Fragen zu verschiedenen Themenbereichen zu stellen. Zum Abschluss gab es einen kleinen Imbiss und ein Geschenk für die Schülerinnen und Schüler.



Die Schüler der Handelsakademie in Bludenz waren am 14. Mai zu Besuch.



Die Jugendlichen der Handelsschule Bregenz waren 22. Mai in der AK.

Komplizierte Bedingungen schränken den Anspruch ein

Kinderbetreuungsgeld neu: Haken, Ösen und Fallstricke

So gut gemeint die Neuerungen beim Kinderbetreuungsgeld in der Theorie auch sind, so schlecht funktionieren sie manches Mal in der Praxis. Daher gilt es ganz genau hinzusehen und nachzurechnen.

Komplizierte Berechnungen sowie unzählige Bedingungen und Regeln – als hätten werdende Eltern vor der Ankunft des neuen Familienmitglieds nicht genug um die Ohren, dürfen sie sich auch noch mit dem Kinderbetreuungsgeld herumschlagen. Seit dem 1. Januar dieses Jahres gelten erneut geänderte Bedingungen. Leider nicht immer zum Vorteil der Bezieher. Besonders beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld sollte man genau hinsehen und nachrechnen.

Für dessen Berechnung wird grundsätzlich das Wochengeld herangezogen. Es erfolgt jedoch immer eine

Vergleichsrechnung mit dem Einkommen des Jahres vor der Geburt des Kindes, in dem kein Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde. „Für Geburten ab 1. Januar 2012 geht man dabei maximal drei Jahre zurück“, erklärt Dr. Brigitte Hutterer vom AK-Büro für Familien und Frauenfragen. Die günstigere Variante ergibt das endgültige Kinderbetreuungsgeld, jedoch höchstens bis zu 66 Euro pro Tag.

Wahlfreiheit eingeschränkt

Soweit scheint die Regelung verständlich, doch wie so oft steckt der Teufel im Detail. Besonders wenn die Familie ein zweites Kind erwartet, kann es kompliziert werden. Ein Beispiel: Frau M. arbeitet seit Jahren Vollzeit und bekommt im März 2009 ihr erstes Kind. Bis das Kind 2 1/2 Jahre alt ist – also bis zum September 2011 – bezieht sie Kinderbetreuungsgeld. Seit dem März 2011 arbeitet Frau M. Teilzeit zu 25 Prozent. Im Januar 2012 bekommt sie ihr zweites Kind. „Die Berechnungsgrundlage für das Kinderbetreuungsgeld ist nun das Wochengeld“, erklärt Hutterer, „im Fall von Frau M. wurden 25 Euro pro Tag errechnet.“

Der Betrag liegt jedoch unter den 33 Euro des pauschalen Kinderbetreuungsgeldes. Gemäß der alten Regelung hätte sie ein Kinderbetreuungsgeld, berechnet nach dem Einkommen des Jahres vor der Geburt des ersten Kindes erhalten. Das liegt jedoch mehr als drei Jahre zurück. Stattdessen kann sich Frau M. nun entscheiden, welches der vier Modelle des pauschalen Kinderbetreuungsgeldes sie nehmen möchte. Aber nur, wenn sie den Antrag auf das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld noch nicht gestellt hat.

Denn: „Ist ein Kinderbetreuungsgeld erst einmal beantragt, kann man nicht mehr in ein anderes Modell wechseln“, macht die AK-Juristin auf die Beschränkung aufmerksam. Im Fall von Frau M. wäre ihr ausnahmsweise ein Wechsel auf die Variante 12+2 möglich, die anderen Modelle sind ihr aber verwehrt.

Mutterschutz zählt nur noch bedingt

Auch eine der Voraussetzungen für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld hat sich geändert. Zwar



Kompliziert: wer unter welchen Umständen wie viel Kinderbetreuungsgeld erhält.

muss man wie bisher vor der Geburt des Kindes sechs Monate sozialversicherungspflichtig erwerbstätig gewesen sein, „doch bisher wurde die Zeit des Mutterschutzes und einer Karenz der Erwerbstätigkeit uneingeschränkt gleichgestellt.“

Seit Beginn dieses Jahres wird diese Zeit jedoch nur noch dann gleichgestellt, wenn man bereits sechs Monate vorher durchgehend sozialversicherungspflichtig erwerbstätig war und das Arbeitsverhältnis bei der Geburt noch

besteht“, erklärt die Juristin der AK Vorarlberg.

Was würde das für Frau K. im konkreten Fall bedeuten? Sie war kurzzeitig arbeitslos und trat im November 2011 eine neue Stelle an. Kurz darauf stellt sie fest, dass sie schwanger ist. Der Mutterschutz beginnt im April. Die AK-Juristin rechnet nach: „Da sie zu der Zeit erst fünf Monate erwerbstätig ist, hat Frau K. kein Anrecht auf das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld.“

Erfolg dank ehemaliger AK-Vizepräsidentin Josefine Winkler

Pflegegeld: Wichtige Ergänzung im Antrag

Es ist nur ein kleiner, aber umso wichtiger Zusatz im Pflegegeld-Antrag: Mit Ja oder Nein muss seit Kurzem angekreuzt werden, ob für das Gutachten eine Person beigezogen werden soll, die die (wahren) Umstände kennt.

Immer wieder ist es vorgekommen, das Vertrauenspersonen, die den wahren Gesundheitszustand kennen, ungehört blieben. „Manche, zum Beispiel demente Personen, stellen ihre Situation besser dar, als sie tatsächlich ist“, weiß Josefine Winkler. Die ehemalige langjährige AK-Vizepräsidentin setzte sich schon lange für eine Ergänzung des Pflegegeld-Antrages ein: Die Änderung soll sicherstellen, dass eine kundige Person dabei ist, wenn das Gutachten erstellt wird. Kundig bedeutet:

jemand aus dem Umfeld des Pflegebedürftigen, der dessen tatsächlichen Gesundheitszustand kennt, die Hochs und Tiefs, die unterschiedlichen Tagesverfassungen richtig einzuschätzen weiß. Die AKtion berichtete im Oktober ausführlich.

Seit kurzer Zeit sieht der Antrag für das Pflegegeld nun tatsächlich anders aus. Die Frage „Sollen zusätzlich zum Pflegegeldwerber weitere Personen vom Termin des beabsichtigten Hausbesuches verständigt werden?“ ist neu hinzugekommen.

Verbesserung ohne Kosten

Diese Person kann nun korrigierend einwirken, wenn es notwendig ist. Und noch etwas ist positiv: Die Umsetzung der Forderung von Josefine Winkler kostete keinen Cent.

Weiberkram

Nicht per se Rabenmütter



Also, ideologische Scheuklappen oder festgefahrene Interessenstandpunkte kann man unserer sozialdemokratischen

Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Frauenministerin nicht vorwerfen. Immerhin hat sie – zur Freude von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung – bei Betriebsbesuchen festgestellt, dass die Unternehmer mit der seit 2004 möglichen siebenjährigen Teilzeitkarenz für Eltern Probleme haben und sofort nach Abhilfe gerufen. Eine Verkürzung auf vier Jahre (entsprechend der Kündigungsschutzregelung) sei ins Auge zu fassen, und im Übrigen verstehe die Frau Minister die „Mutter beim Kind“-Mentalität nicht. Es wäre jetzt unfair, ihre eigene diesbezügliche Lebensrealität zu hinterfragen. Aber zumindest auf den früheren zivilen Beruf von Gabriele Heinisch-Hossek darf man doch verweisen: Lehrerin! Kompliment übrigens: an einer Schwerhörigen- und Gehörlosenschule – aber: die klassische 40-Stundenwoche unmittelbar am Arbeitsplatz wird es wohl nicht gewesen sein ... Nun gibt es (mit Einkommens- und Karrierechancen im Blickwinkel, aber auch einfach im Hinblick auf Selbsterhaltungsfähigkeit und Pensionsanwartschaften) viele gute Gründe, Frauen nicht zur Teilzeitbeschäftigung zu ermuntern. Und Kinder in ganztägiger Betreuung haben nicht per se Rabenmütter, denen das leibliche und seelische Wohl des Nachwuchses nicht am Herzen liegt. Es gibt aber durchaus sensible Kinder, für die ein halber Tag in Krippe oder Kindergarten schon viel ist, und es gibt Eltern(teile), deren „Mentalität“, um mit der Ministerin zu sprechen, stärker kind- als karrierebezogen ist. Deren Interessen sollten in der Wertigkeit mit wirtschaftlichen Aspekten nicht kollidieren.

E-Mail: irene.dyk@jku.at

Es droht „verlorene Generation“

Die mit der Krise stark gestiegene Jugendarbeitslosigkeit in Europa wird einer UN-Studie zufolge auch in den nächsten Jahren auf einem dramatisch hohen Niveau bleiben. Es drohe eine „verlorene Generation“ heranzuwachsen, warnt die internationale UN-Arbeitsorganisation der ILO.

Kurzsichtigkeit auf dem Vormarsch

In Asien starten immer mehr Menschen mit Augenleiden in den Beruf: Bis zu 90 Prozent der Schulabgänger in den großen Städten Asiens leiden unter Kurzsichtigkeit. Vor zwei Generationen waren es noch wie weiterhin in Europa 20 Prozent. Australische Wissenschaftler führen das Phänomen darauf zurück, dass die Kinder und Jugendlichen in der Schule hart arbeiten müssen und zu wenig Tageslicht bekommen.

Für Sie da: AK-Präsident Hämmerle

Sie haben Fragen an den AK-Präsident Hubert Hämmerle oder ein persönliches Anliegen? Dann nutzen Sie bitte folgende Möglichkeiten:



• Telefonsprechstunden am 5. Juni und 7. Juli jeweils von 14 bis 15 Uhr unter Telefon 050/258-6800



Vorsorge: Auszeichnung für die AK Vorarlberg

Die AK Vorarlberg gehört zu den Ersten, die im Land für ihre Maßnahmen die Gesundheit der Mitarbeiter zu fördern ausgezeichnet wurden. Gesundheitslandesrat Rainer Gögele und die Geschäftsführerin des Fonds Gesundes Vorarlberg Mag. Anita Häfele (2.v.l.) überreichen der AK Vorarlberg das „Gütesiegel des österreichischen Netzwerks für betriebliche Gesundheitsförderung“. Das Zertifikat gilt bis 2014 und weist die AK Vorarlberg als einen Arbeitgeber aus, der die europaweit definierten Kriterien erfüllt. Erstmals waren im Vorjahr Betriebe bzw. Institutionen in Vorarlberg ausgezeichnet worden. 2012 gehören auch die Stadt Dornbirn, die Dornbirner Jugendwerkstätte und die Firma Wolfvision in Klaus zu den Ausgezeichneten.

AK-Geschäftsstelle und AK-Bibliothek Bludenz haben ihre neuen Räume bezogen – Tag der offenen Tür, um Serviceeinrichtungen in modernem Ambiente kennenzulernen

Ganz nah bei den Arbeitnehmern:

Viele, viele Umzugskartons sind veräumt. Seit wenigen Tagen werden die Kunden der AK-Geschäftsstelle Bludenz in neuen hellen Räumen begrüßt. Zum gemeinsamen Tag der offenen Tür am 22. Juni steht auch die AK-Bibliothek wieder Wissensdurstigen und Leseratten offen. In angenehmem Ambiente können sie auf zwei Etagen aus 12.000 Medien wählen.

Ohne Übertreibung: Das Neubauprojekt Bahnhofstraße 2 in Bludenz ist ein architektonisches Schmuckkästchen und verleiht dem Platz vor dem Bahnhof ein zeitgemäßes Gesicht. Das ursprüngliche Kammergebäude an diesem Ort war, wie man so schön und freundlich sagt, in die Jahre gekommen. Die Gesamtkonzeption einer neuen Bebauung an dieser städtebaulich sensiblen Stelle übertrug die AK Vorarlberg der Vogewosi als Partner: In zwei Objekten sind hier nun neben den AK-Serviceeinrichtungen mehrere Geschäftslokale und Büros sowie 33 Mietwohnungen entstanden. In weniger als drei Wochen werden sie mit einem Tag der offenen Tür (siehe unten) offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Die AK-Geschäftsstelle Bludenz ist als Erste bereits eingezogen. Sie befindet sich im vorderen und U-för-

migen Teil des Neubaus. Wer mit Bus oder Bahn ankommt, hat nur wenige Schritte über die Straße, um sich in Arbeits- und Sozialrechtsfragen ausführlich beraten zu lassen.

„In erster Linie sind es Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen, mit denen die Kunden zu uns kommen“, berichtet Geschäftsstellenleiter Mag. Arno Sandholzer. Betroffene sind in allen Branchen zu finden, „von A wie Apotheken über B wie Bäcker bis Z wie Ziviltechniker – die wirtschaftliche Struktur im Bezirk bildet sich auch in unserer Arbeit ab, weshalb der gesamte Tourismusbereich einen gewissen Schwerpunkt setzt.“ So steigt der Beratungsbedarf jeweils zu Saisonende spürbar an.

Die „klassischen“ Fragen

In der Regel geht es um die beiden Fragen: Bekomme ich den Lohn, der mir zusteht? oder: Wurde nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses korrekt abgerechnet? In einem besonders krassen Fall durfte sich vor Kurzem eine Frau durch die Überprüfung der AK-Geschäftsstelle Bludenz über rund 3700 Euro freuen: „Sie war für eine Unterländer Firma hier im Bezirk als Reinigungskraft beschäftigt, war unter

Das Bauprojekt

- AK-Geschäftsstelle: 213,5 m²
- AK-Bibliothek: 295 m²
- Büro- und Geschäftseinheiten von Bodystreet, Bäckerei Mangold, SPÖ Bludenz, Praxis Dr. Sandra Tinkhauser
- 33 Mietwohnungen: 1921,7 m²
- Innenhof mit Durchgang von der Stadt zum Bahnhof
- Bauträger: Vogewosi
- Planung: Mitiska/Wäger Bludenz
- Baubewilligung: 13.3.2009
- Fertigstellung: 21.6.2012

Kollektivvertrag bezahlt worden und hatte weder Fahrtkostenersatz noch Nachtzuschläge erhalten, die ihr zugestanden wären“, erklärt Mag. Michaela Singer, die den Fall betreute. „All diese Ansprüche konnten erfolgreich für die Arbeitnehmerin drei Jahre rückwirkend für die Arbeitnehmerin geltend gemacht werden.“

142.000 Euro durchgesetzt

Im Arbeitsrecht setzte die AK-Geschäftsstelle Bludenz 2011 insgesamt über 142.000 Euro an Forderungen durch. Unübersehbare Spuren hinterlassen moderne Beschäftigungsformen wie Leasingarbeit in der Tätigkeit der AK-Geschäftsstelle. „Es fällt auf, dass immer häufiger Dienstnehmer aus Deutschland und anderen Staaten zu uns kommen“, sagt Sandholzer. Das Arbeitsrecht ist der Schwerpunkt in der Rechtsberatung vor Ort: „In den oft komplexen Fällen des Sozial- und Konsumentenschutzrechts helfen unsere Kollegen in Feldkirch.“

4500 Vorsprachen und Auskünfte

Alles in allem zählten Arno Sandholzer und seine Kolleginnen im Vorjahr über 4500 Vorsprachen und Anfragen. Dass die Zahl sinkt, ist nicht zu erwarten. Schließlich wird das kundenfreundliche Ambiente der AK-Geschäftsstelle dazu beitragen mögliche Schwellenängste zu überwinden, sich frühzeitig über seine Rechte zu informieren.

Die neue Adresse



Die neue AK-Geschäftsstelle Bludenz finden Sie direkt gegenüber dem Bahnhof Bludenz.

i Bahnhofplatz 2, 6700 Bludenz, Telefon 050/258-7000, Fax 050/258-7001, E-Mail: bludenz@ak-vorarlberg.at; Montag bis Donnerstag 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr; Freitag 8 bis 12 Uhr. Aus organisatorischen Gründen sind persönliche Beratungen nur nach vorheriger Terminvereinbarung möglich.

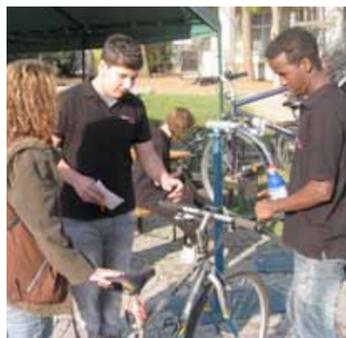


Bis ins Detail durchdacht: Die Kundenmöbel schützen vor neugierigen Blicken.

Kommen Sie zum Tag der offenen Tür am 22. Juni nach Bludenz!

Das wird ein Riesenfest für alle im Bezirk Bludenz: Zur offiziellen Eröffnung laden sämtliche Betriebe und Institutionen in der neuen Verbauung zum Tag der offenen Tür.

Lernen Sie am vorletzten Juni-Freitag die neue Anlaufstelle für Arbeitnehmer im Bezirk Bludenz und die AK-Bibliothek Bludenz als trendiges Zentrum für Leseratten kennen: Es warten ein abwechslungsreiches Programm (siehe links) und ein Eröffnungsquiz mit attraktiven Preisen auf Sie.



Jugendliche der Werkzeit überprüfen und putzen gratis Ihr Fahrrad.



Clown Pompo bereitet in der AK-Bibliothek großen und kleinen Besuchern Riesenspaß.

Das Programm

Freitag, 22. Juni von 10 bis 16 Uhr

AK-Geschäftsstelle

- Eröffnungsquiz: Als Hauptpreis wartet das neue iPad, als weitere Preise sind fünf AK-Rucksäcke und fünf AK-Knirps-Schirme mit jeweils einer Jahreslesekarte für die AK-Bibliothek zu gewinnen.
- Geschicklichkeitstest auf dem Wii-Balance-Board: Auf die Teilnehmer warten tolle Sofortpreise.
- persönliche Foto-Buttons für die Besucher
- Social-Media-Box: Fotos schießen und im Internet bewundern

AK-Bibliothek

- Spaß für Groß und Klein mit Clown Pompo um 11.30 und 14.30 Uhr

Freigelände

- Jugendliche der Produktionsschule Bludenz der Werkzeit Vorarlberg checken und putzen gratis Ihr Fahrrad.
- Fesztelt: Besucher erhalten einen Bon für Grillwurst und Getränk.



Dieses Team (v.l.) hilft Ihnen im Bezirk Bludenz in neuen hellen und kundenfreundlichen Räumen.

Die Arbeitsmarktsituation im Bezirk Bludenz

Frauenanteil in diesem Bezirk deutlich geringer

Der Bezirk Bludenz liegt mit wenigen Ausnahmen bei der Arbeitsmarktsituation im Durchschnitt Vorarlbergs.

Der flächenmäßig größte Bezirk Vorarlbergs ist zugleich der am dünnsten besiedelte. Mit 61.367 Einwohnern, die ihren Hauptwohnsitz in einer der 29 Gemeinden haben, stellt der Bezirk Bludenz gerade einmal 16,48 Prozent der Gesamtbevölkerung Vorarlbergs.

Nimmt man diesen Anteil als Richtschnur, dann fallen beim Vergleich der Arbeitsmarktsituation im Bezirk mit dem Landesdurchschnitt vier größere Abweichungen auf (siehe Kasten rechts).

Da ist zuerst einmal der deutlich geringere Anteil an ausländischen Arbeitskräften mit rund 14,4 Prozent. Auch der Anteil der geringfügig Beschäftigten liegt deutlich unter dem Durchschnitt Vorarlbergs. Was auch damit zusammenhängt: Der Raum Bludenz hat die geringste Frauenerwerbsquote im Land.

Höhere Arbeitslosenquote

Im Vergleichsjahr 2011 musste der Bezirk Bludenz auch eine relativ höhere Zahl an Arbeitslosen registrieren, wobei vor allem die Situation bei den jungen Leuten (bis 24) mit einem Anteil von 18,5 Prozent besonders negativ auffällt.

AK eröffnet neue Geschäftsstelle



von links: Silvia Schmetzer (Sekretariat), Mag. Michaela Singer (Referentin), Mag. Arno Sandholzer (Geschäftsstellenleiter), Elvira Zech (Sekretariat)

Stimmen zum Neubau

„Eine Institution“

Die Arbeiterkammer ist mit ihren Serviceeinrichtungen in der Stadt und der Region Bludenz eine unersetzbare Institutionen – und das seit vielen Jahrzehnten. Mit dem Neubau hat die AK Vorarlberg dies nachdrücklich bewiesen und sich zum Standort bekannt. Für uns ist das auch aus städtebaulicher Sicht ein ganz wichtiges Projekt. Unser Bahnhofsviertel hat mit dem sehr gelungenen AK-Bau und der gesamten Vogewosi-Anlage ein neues Gesicht erhalten. Mit der Straßenneugestaltung durch die Stadt Bludenz haben auch wir dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ich kann der AK Vorarlberg, der Vogewosi und vor allem den Planern zu diesem gelungenen Werk nur gratulieren.



Mandi Katzenmayer,
Bürgermeister der Stadt Bludenz

Partnerschaftlich

Mit der AK Vorarlberg hat die Vogewosi für die Errichtung kostengünstiger Wohnungen auf hohem Niveau einen kompetenten und zuverlässigen Partner gewonnen. Auf der im Baurecht zur Verfügung gestellten Liegenschaft konnten wir zwei Gebäude in zentraler Lage errichten, in denen sich die zukünftigen Mieter sicherlich sehr wohl fühlen werden. Die Zusammenarbeit war durch gegenseitiges Entgegenkommen geprägt und ich freue mich schon jetzt auf das nächste gemeinsame Projekt.



Dr. Hans-Peter Lorenz,
Vogewosi-Geschäftsführer

Optimal angebunden

Wir freuen uns, nach der Übergangsphase alle Arbeitnehmer im Bezirk Bludenz wieder in modernen Serviceeinrichtungen begrüßen zu können. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen haben nun wieder zeitgemäße Arbeitsplätze. Ein besonderes Plus für alle: Idealer als in Bludenz könnte die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel nicht sein!



Rainer Keckeis,
Direktor der AK Vorarlberg

Blick in die Chronik: Erstes Servicegebäude der AK Vorarlberg in Bludenz war zugleich Kulturzentrum für die Stadt

„Eine wesentliche Verbesserung“

„Die Arbeiterkammer“ ist seit vielen Jahrzehnten im Bewusstsein der Bludener fest verwurzelt. Die AKtion erinnert an die zeitweise schwierigen Anfänge.

Oft dauerte es Wochen, bis die Details nach Abschluss eines Kollektivvertrages bis in den letzten Winkel Österreichs durchdrangen. So ist im Tätigkeitsbericht von 1959 deshalb von „erheblicher Rechtsunsicherheit“ die Rede. 1959 – das Jahr, in dem in Bludenz die vormalige Außenstelle der Arbeiterkammer zur „richtigen“ Arbeitsstelle aufgewertet wurde. Die Fachkundigkeit der „Arbeiterkammerer“ war offenbar auch für die Unternehmer von großem Nutzen: 165 der damals

registrierten 1413 mündlichen Anfragen kamen von ihrer Seite.

Es war eine andere Zeit. Gerade erst war die 45-Stunden-Woche eingeführt worden. Nur die allerwenigsten hatten ein Telefon, der Individualverkehr noch bescheiden. Deshalb errichtete die Kammer für Arbeiter und Angestellte 1959 erstmals in Bludenz ein eigenes Gebäude, um ihnen bei vielen Fragen und Problemen rund um Arbeits- und Sozialrecht zu helfen. Das Haus „diente aber auch als Bildungs- und Kulturzentrum“, vermerkt die Chronik nicht ohne Stolz: „Die (neue, Anm.) Bibliothek gehört zu den modernsten des Landes“.

Rund 20 Jahre später erfuhr das Gebäude eine grundlegende Neuge-

staltung. Zusätzliche Kursräume waren „eine große Sache“ und im Montafon wurden Sprechstage eingeführt, erinnert sich der damalige AK-Präsident Bertram Jäger: „Die Arbeiterkammer hat ihre Dienstleistungen ausgebaut, das war eine wesentliche Verbesserung für die Arbeitnehmer im Bezirk.“

Segen von „ganz oben“

Diese verstärkte Betreuung kredieten ihm manche allerdings als Schwächung der Gewerkschaften an. So war der Zeitgeist. Segen für diese Servicepolitik bekam die Arbeiterkammer jedoch von ganz oben: Bundespräsident Rudolf Kirchschläger adelte die Eröffnung des neuen AK-Gebäudes 1978 mit seiner Teilnahme.

Der Bezirk in Relation zum Land			
	Vorarlberg	Bludenz	Anteil %
Bevölkerung	372.694	61.367	16,48
Unselbstständig Beschäftigte	147.560	24.658	16,71
davon Frauen	67.198	10.875	16,18
davon Männer	80.362	13.782	17,15
davon Ausländer	29.760	4.303	14,46
davon geringfügig Beschäftigte	17.493	2.646	15,13
Arbeitslose	8.704	1.499	17,22
davon unter 25	1.473	273	18,53
davon über 50	1.914	317	16,56
Arbeitslosenquote	5,6 %	5,7 %	–

Quellen: AMS, Land Vorarlberg



1978: Ausbau und völlige Neugestaltung des Kammergebäudes am Bahnhofplatz



2012: Neuer zeitgemäßer städtebaulicher Akzent für die Stadt Bludenz

Käufer und Mieter können künftig den Energieausweis gerichtlich einklagen

Noch kein Energieausweis? Ab Dezember drohen Strafen

Mit bis zu 1450 Euro an Verwaltungsstrafen müssen Verkäufer und Vermieter rechnen, wenn sie ab dem 1. Dezember 2012 eine Wohnung inserieren, vermieten oder verkaufen und über keinen Energieausweis verfügen.

Vermieter und Verkäufer von Gebäuden oder Nutzungsobjekten wie etwa Wohnungen oder Geschäftsräumlichkeiten kommen künftig nicht mehr am Energieausweis vorbei. Dabei ist nicht nur die Aushändigung des Dokumentes an den Mieter oder Käufer zwingend. Gemäß dem neuen Energieausweis-Vorlage-Gesetz 2012 müssen bereits die Wohnungsinserate ab dem 1. Dezember 2012 auch den Heizwärmebedarf und bei künftigen Energieausweisen zudem den Gesamtenergieeffizienz-Faktor enthalten. Fehlen die Energiekennzahlen im Inserat oder wird dem Interessenten der Energieausweis nicht vorgelegt beziehungsweise sogar nach Vertragsabschluss die Aushändigung verweigert, ist dies eine Verwaltungsübertretung und kann den Verkäufer oder Vermieter bis zu 1450 Euro Verwaltungsstrafe kosten.

Ein Recht für Käufer und Mieter

Jeder Anbieter eines Objektes muss also ab dem 1. Dezember 2012 über einen gültigen Energieausweis verfügen. Er darf nicht älter als zehn Jahre sein. Während den Vertragsverhandlungen muss er dem Käufer oder Mieter wenigstens gezeigt werden. Bei Vertragsabschluss steht dem Käufer oder Mieter zumindest eine Kopie des Energieausweises zu und muss innerhalb von 14 Tagen ausgehändigt werden. „Wird das nicht gemacht, kann der Käufer oder Mieter künftig sein Recht gerichtlich einfordern oder selbst einen Energieausweis einholen“, erklärt Dr. Ulrike Stadelmann von der AK-Konsumentenberatung. Die Kosten kann er sich vom Vertragspartner zurückerstatten lassen. Bei einer Wohnungseigentumsanlage hat der Hausverwalter dafür zu sorgen, dass ein Energieausweis vorliegt außer die Eigentümergemeinschaft hat vertraglich etwas anderes beschlossen. Eine Kopie davon muss allen Eigentümern auf Verlangen ausgehändigt werden.



Der tatsächliche Energieverbrauch kann – abhängig vom Nutzungsverhalten – von den Kennzahlen des Energieausweises abweichen.

Wer sein Einfamilienhaus verkaufen oder vermieten möchte, kann entweder einen Energieausweis über dieses Gebäude erstellen lassen oder von einem vergleichbaren Gebäude vorlegen. Der Ersteller des Dokumentes muss die Ähnlichkeit der Gebäude bestätigen. Bei bestehenden Nutzungsobjekten ist es dem Verkäufer oder Vermieter überlassen, ob er nun einen Energieausweis über das entsprechende Objekt, ein ähnliches Objekt im selben Gebäude oder über das gesamte Gebäude vorlegen möchte. Würde

das Dokument nicht fachgerecht ausgestellt, kann dies sogar zu Gewährleistungsansprüchen gegenüber dem Verkäufer oder Vermieter führen.

Auch hier gibt es eine neue Regelung, wie die Expertin erklärt: „Gemäß den neuen Bestimmungen haftet der Energieausweisersteller nicht nur gegenüber dem Auftraggeber, sondern auch gegenüber dessen Käufer oder Mieter.“ Die vor Vertragsabschluss angegebenen Zahlen gelten für das Objekt als vereinbart. Der Energieausweis trifft jedoch lediglich eine

typologische Aussage über die Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes und soll als Vergleichsinstrument bei der Auswahl zwischen verschiedenen Objekten dienen.

Sonderfälle ausgenommen

Gewisse Gebäude sind jedoch von der Informationspflicht befreit: Wenn das Objekt zum Beispiel nur frostfrei gehalten wird oder nur während eines begrenzten Zeitraumes im Jahr genutzt wird und der Energiebedarf unter 25 Prozent des ganzjährigen Bedarfs liegt. Auch abbruchreife Gebäude, die innerhalb von drei Jahren abgerissen werden, oder freistehende Objekte, deren Gesamtnutzungsfläche unter 50 Quadratmeter betragen, werden von der Pflicht ausgenommen. Bei Industrieanlagen, Werkstätten und landwirtschaftlichen Gebäuden gibt es ebenfalls entsprechende Sonderregelungen.

i AK-Konsumentenberatung,
Telefon 050/258-3000,
konsumentenberatung@
ak-vorarlberg.at

Wann brauche ich einen Ausweis?

Bei der Vermietung oder dem Verkauf von Gebäuden und Gebäudeteilen ist seit dem 1. Jänner 2009 verpflichtend ein Energieausweis vorzulegen, um dem Käufer oder Mieter eine Möglichkeit zu bieten, den Energieverbrauch einzuschätzen und mit anderen Objekten zu vergleichen. Dieser darf nicht älter als zehn Jahre sein und ist außerdem in folgenden Fällen vorzulegen:

- Bei Neu- und Umbauten sowie umfassenden Sanierungen für die Wohnbauförderung.
- Bei größeren Gebäuden ab einer Nutzfläche von 1000 Quadratmetern, die für größere Menschenansammlungen geeignet sind, besteht eine Aushangpflicht an einer einsehbaren Stelle.

Qualität und Sicherheit bei Internettelefonie schlechter

Die Arbeiterkammer hat getestet: Online Telefonieren ist günstiger

Telefonieren über das Internet – die Arbeiterkammer hat Kosten und Nutzen von 40 Festnetzтарifen sowie 18 VoIP-Angeboten miteinander verglichen. Das Fazit: Telefonieren ist im Vergleich zum Festnetz billiger.

Ein Vergleich der Arbeiterkammer zeigt: Beim Telefonieren über das Internet kommen die Konsumenten im Vergleich zum Festnetz billiger weg. „Voice over IP“ oder kurz VoIP nennt sich das im Fachjargon und es funktioniert relativ einfach: Man braucht nur einen Computer, einen Internetanschluss, eine VoIP-Telefonie-Software sowie eine VoIP-Kennung beziehungsweise -Telefonnummer. Das Programm kann man sich ganz einfach und meist kostenlos aus dem Internet herunterladen. Voraussetzung ist zudem, ein Internet-Breitbandanschluss mit ausreichend Datenvolumen (eine

Stunde Telefonie ohne Datenkomprimierung verbraucht ca. 70 Megabyte).

Bis zu 75 Prozent billiger

Bei Anrufen von VoIP zu VoIP des gleichen Anbieters zahlt der Benutzer



Kosten sparen mit VoIP: bis zu 75 Prozent billiger ins Ausland telefonieren.

keine Gesprächsgebühren. Außerdem fallen nur bei sieben Diensten zusätzlich monatliche Grundgebühren zwischen 1 und 18 Euro an. Um bis zu 46 Prozent billiger telefoniert man auch ins Festnetz oder in die einzelnen Mobilnetze. Ins ausländische Festnetz sind es sogar bis zu 75 Prozent.

Allerdings muss man bei der Qualität und der Sicherheit Abstriche machen. Je nach Internetverbindung kann es zu Aussetzern, Echos und Unterbrechungen kommen. Zudem ist es leichter möglich, die Telefongespräche abzu hören, aufzuzeichnen und zu manipulieren.

Eine entsprechende Software, um die Daten zu verschlüsseln, wird nur von den wenigsten Anbietern zur Verfügung gestellt.

i Die Erhebung finden Sie auf:
www.ak-vorarlberg.at/konsument

Mobile Datennutzung wurde eingeschränkt

Seit dem 1. Mai 2012 gilt die neue Kostenbeschränkungsverordnung (KobeV) der Regulierungsbehörde RTR. Demnach dürfen die Mobilfunkanbieter nicht mehr als 60 Euro zusätzlich für mobile Datenverbindungen verrechnen, die das vertraglich vereinbarte Guthaben überschreiten. Wird die 30 Euro-Grenze überschritten, muss der Betreiber den Mobilfunkkunden per SMS benachrichtigen. Wenn der Wert von 60 Euro erreicht wird, gibt es drei Möglichkeiten: Entweder Mobilfunkanbieter sperrt den Anschluss für mobile Datendienste, er lässt eine weitere kostenfreie Nutzung zu oder er drosselt die Geschwindigkeit des Datentransfers (Bandbreite). Sprachverbindungen, SMS und Datenroaming außerhalb der EU werden jedoch nicht eingeschränkt. Die AK Vorarlberg fordert die RTR auf, auch diese Mobilfunkdienste in die Kostenbeschränkungsverordnung aufzunehmen.

Kinder brauchen eigenen Reisepass

Ab dem 15. Juni 2012 benötigt jedes Kind beim Grenzübertritt einen eigenen Reisepass. Die Einträge im Pass der Eltern sind dann nicht mehr gültig. Bei der Beantragung müssen alle Reisedokumente, in denen das Kind eingetragen ist, zur Streichung vorgelegt werden. Die Pässe gelten für Kinder bis zum zweiten Geburtstag zwei Jahre, bis zum zwölften Geburtstag fünf Jahre und danach zehn Jahre. Ein Reisepass kann nur von der Person beantragt werden, welche die gesetzliche Vertretung für das Kind hat.

Reingelegt: PINs von „paysafecard“ gesperrt

Im Internet werden derzeit vermehrt PINs von „paysafecard“ angeboten, obwohl der Weiterverkauf gemäß den Geschäftsbedingungen untersagt ist. Will der Käufer später mit der erworbenen PIN bezahlen, stellt er oft fest, dass die betroffene Karte bereits gesperrt wurde. Mit einer „paysafecard“ kann der Benutzer im Internet Zahlungen tätigen, ohne Bank- oder Kreditkartendetails preiszugeben. Ähnlich wie bei Telefonwertkarten wird ein Guthaben gekauft, mit dem später im Internet bezahlt wird. Nutzer von „paysafecard“ sollten die PINs nur bei offiziellen Verkaufsstellen erwerben.



Vorsicht: Heer von Trojaner-Mails im Umlauf

Die Telefone der AK-Konsumentenschützer laufen heiß: Täglich melden sich Dutzende Betroffene von Spam- oder Phishing-Mails. Rechnungen, Updates und andere Schmähs sollen die Empfänger der Nachrichten dazu bewegen, die Datei im Anhang zu öffnen. Statt detaillierter Informationen enthalten diese jedoch Trojaner. Und die können einen erheblichen Schaden im Computer anrichten oder gar Daten ausspionieren. Auch sogenannte Phishing-Mails sind im Umlauf. Hier wird der E-Mail-Empfänger aufgefordert seine Bank- oder Kreditkartendaten preiszugeben. Die AK Vorarlberg warnt ausdrücklich: Löschen Sie dubiose E-Mails sofort und öffnen sie keinesfalls zip-, exe- oder pdf-Anhänge, die Sie nicht zuordnen können. Geben Sie keinesfalls Bank- oder Kreditkartendaten weiter. Halten Sie zudem Ihren Virenschutz stets auf dem neuesten Stand und kontrollieren Sie Ihre Kontoauszüge regelmäßig auf unerwartete Abbuchungen. Sollte eine Malware Ihren Computer sperren, wenden Sie sich an einen Techniker.

China ist nach wie vor Hauptproduzent von gesundheitsgefährdenden Produkten

Erstmals weniger Meldungen: Zahl gefährlicher Produkte sinkt

Erfreuliche Nachrichten für die europäischen Konsumenten: Dank des EU-Schnellwarnsystems RAPEX werden gefährliche Produkte in der Europäischen Union immer früher ausfindig gemacht und vom Markt genommen.

2011 wurden um 20 Prozent weniger gefährliche Produkte gemeldet als im Jahr zuvor, besagt der neueste Jahresbericht zur Produktsicherheit. Die Zahl der RAPEX-Meldungen hatte seit 2004, dem Jahr der EU-weiten Umsetzung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit durch die Mitgliedsstaaten, stetig zugenommen. Den erstmaligen Rückgang führt die EU-Kommission darauf zurück, dass RAPEX immer leistungsfähiger wird und gefährliche Produkte deswegen früher und effektiver entdeckt und dann auch schneller vom EU-Markt genommen werden.

Zu den Maßnahmen, die dafür erforderlich sind, zählen auch Anstrengungen, um Risiken bereits bei der Herstellung auszuschließen, eine bessere Risikobewertung und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden in der EU (insbesondere dem Zoll), um die Risiken an den Eingangsorten zu erkennen. Außerdem gab es 2011 auch wichtige Entwicklungen in der Standardisierung, die zur Stärkung der Verbrauchersicherheit beitragen werden. Zu den größten Erfolgen zählt die EU-weite Vorschrift, Zigaretten mit verminderter Zündneigung (reduced ignition propensity – RIP) auf den Markt zu bringen. Diese Zigaretten gehen von selbst aus, wenn man sie unbeaufsichtigt liegen lässt und reduzieren damit das Feuer- und Verletzungsrisiko.

Textilien und Spielzeug

Von insgesamt 1803 Warnmeldungen im vergangenen Jahr betrafen 1556 Produkte, die ein ernstes Risiko für



Über die Hälfte der gefährlichen Produkte wurden in China hergestellt. Textilien waren am häufigsten Gegenstand von Warnmeldungen.

Verbraucher darstellten. Bekleidung und Textilien waren am häufigsten Gegenstand von Warnmeldungen (423 betrafen die Risiken Erstickung und Reizung), gefolgt vom früheren Spitzenreiter Spielzeug (324 Meldungen, hauptsächlich Erstickungsrisiko durch Verschlucken) und Kraftfahrzeugen (171 Meldungen, Verletzungsrisiko), Elektrogeräten (153 Meldungen,

Stromschlagrisiko) und Kosmetika (104 Meldungen, chemisches Risiko).

Über die Hälfte der gefährlichen Produkte wurde zwar wie in den vergangenen Jahren weiterhin in China hergestellt, jedoch ist dieser Anteil leicht rückläufig. 19 Prozent der Produkte (293 Meldungen) kamen aus Europa, in Österreich hatte weniger als ein Prozent (4) der gemeldeten Pro-

dukte ihren Ursprung. Deutschland gehört zu den aktivsten EU-Staaten im RAPEX-System: Insgesamt 130 Meldungen über gefährliche Produkte kamen 2011 von dort, während Österreich 14 Meldungen erstattete (gegenüber 29 im Vorjahr). Als einziges der 30 teilnehmenden Länder reichte Liechtenstein keine Meldungen ein.

„Dass in der EU weniger gefährliche Artikel in den Handel gelangen, ist sicherlich eine gute Nachricht für Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir dürfen in unseren Anstrengungen jedoch nicht nachlassen, damit wir die Herausforderungen von globalen Lieferketten bewältigen und auf eventuelle neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Produktsicherheit umgehend reagieren können“, kommentierte John Dalli, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, die Ergebnisse des Jahresberichts.

RAPEX-Jahresbericht 2011:
ec.europa.eu

Hintergrund

RAPEX ist ein Schnellwarnsystem zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gefährlichen Produkten (außer Lebensmitteln). Es soll gewährleisten, dass Informationen über gefährliche Verbraucherprodukte, die in einem Mitgliedsstaat entdeckt werden, schnell an alle nationalen Behörden und die Europäische Kommission weitergeleitet werden, damit diese Waren rasch vom Verbrauchermarkt entfernt werden können. Am RAPEX-System nehmen alle EU-Mitgliedsstaaten sowie Liechtenstein, Norwegen und Island teil. Die Mitgliedsstaaten haben bis zu 100 Millionen Euro ausgegeben und bis zu 6000 Inspektoren beschäftigt, um die Produktsicherheitsvorschriften durchzusetzen. Um Produktions- und Lieferketten noch lückenloser überwachen zu können, baut die EU-Kommission derzeit die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Produktsicherheit aus, insbesondere mit China und den USA.

Früh buchen bei Städteflügen lohnt sich

Rechtzeitig buchen lohnt sich, wie ein Preisvergleich der Arbeiterkammer von 256 Angeboten bei 16 Airlines und Online-Buchungsplattformen zeigt. Verglichen wurden direkte Wochenendflüge in verschiedene Städte Europas. Flugbuchungen dreieinhalb bis vier Monate vor dem Abflugtermin seien durchschnittlich zwischen 23,6 und 42,8 Prozent günstiger als jene, die nur einen Monat vor dem Abflug gebucht werden. Allerdings verrechnen manche Fluggesellschaften oft zusätzliche Kosten für das Gepäck.

Die Erhebung finden Sie auf:
www.ak-vorarlberg.at/konsument

AMA-Gütesiegel jetzt auch für Hühnerfleisch

Das AMA-Gütesiegel zeichnet nun auch das Hühnerfleisch aus. Das Siegel steht für kontrollierte und sorgsame Tierhaltung in heimischen Familienbetrieben und garantiert eine 100-prozentig österreichische Herkunft. Rund 200 landwirtschaftliche Betriebe produzieren ihr Hühnerfleisch nach den Vorgaben der Gütesiegel-Richtlinien.

Kurz gemeldet ...

- **Teurere Handytarife** befürchtet die Arbeiterkammer angesichts des Zusammenschlusses von „3“ und Orange sowie dem Wechsel der Diskontmarke Yess zu A1. Die Fusion müsse von EU-Wettbewerbskommission und Bundeswettbewerbsbehörde streng geprüft werden.
- **Bubble Tea** ist eine Kalorienbombe. Den Verbrauchern müsse klar sein, dass das Modegetränk eine Süßigkeit ist und den Durst nicht löscht, warnen Krankenkassenvertreter.
- **Die Internetkriminalität** steigt jährlich um etwa fünf bis zehn Prozent an. Online-Betrug zählt mittlerweile auch zu den häufigsten Betrugsarten mit Kreditkarten
- **Die Supermarktkette Spar** wurde vom Landesgericht Salzburg wegen verbotener Kinderwerbung verurteilt. Nun hat das Oberlandesgericht Linz das Unterlassungsurteil bestätigt und eine ordentliche Revision nicht zugelassen.

Reisen in ferne Länder: Frühzeitig informieren spart Geld und Nerven

Wenn einer eine Reise tut ... Tipps für die Urlaubsplanung

„Wenn einer eine Reise tut, dann hat er was zu erzählen“, heißt ein bekanntes Sprichwort. Damit das nur schöne Dinge sind und keine Horrorgeschichten, hat die AK-Konsumentenberatung vorab einige Tipps.

Tipp 1: Vor dem Buchen

Es lohnt sich vor der Buchung, die Preise der Anbieter zu vergleichen. „Achten Sie auch darauf, was im Servicepaket enthalten ist und was separat aufgewendet werden muss“, rät Dr. Bettina Heinzle von der AK-Konsumentenberatung. Lesen Sie auch Erfahrungsberichte anderer Urlauber, zum Beispiel auf www.holidaycheck.at.

Tipp 2: Reisedokumente prüfen

Die AK-Konsumentenberaterin empfiehlt, die Ein- und Ausreise- sowie die Ein- und Ausfuhrbestimmungen abzuklären und etwaige Visa zu beantragen beziehungsweise die Gültigkeitsbestimmungen des Reisepasses vorher anzufragen – das gilt besonders bei Reisen in fernere Länder. Ebenso sollten die Impfbestimmungen sowie Empfehlungen rechtzeitig überprüft werden.



Um mögliche Probleme zu vermeiden, klären Sie wichtige Fragen vor dem Urlaub.

Tipp 3: Schriftlich buchen

Egal ob Sie nun telefonisch, per Mail oder via Fax Ihre Reise buchen: Es muss kein Reisevertrag unterschrieben werden. Die Buchung gilt bereits als verbindlich. Die Expertin rät jedoch zu einer schriftlichen Buchung.

Tipp 4: Das Kleingedruckte lesen

Aufgrund geänderter Flughafengebühren oder Beförderungskosten kann es zu einer Preiserhöhung kommen. Diese muss im Vertrag jedoch mit einer Preisgleitklausel ausdrücklich festgehalten werden und darf 20 Tage vor Reiseantritt nicht mehr durchgeführt werden. „Sollte die Erhöhung mehr als zehn Prozent des Reisepreises betragen, kann der kostenlose Rücktritt erklärt werden“, sagt die Konsumentenberaterin. Es ist auch üblich, bei der Buchung eine Bearbeitungsgebühr sowie eine Anzahlung zu leisten. Diese beträgt etwa 10 bis 20 Prozent des Gesamtpreises. „Die Restsumme darf der Veranstalter nur gegen Aushändigung der Reiseunterlagen und frühestens 14 Tage vor Reisebeginn verlangen“, erklärt Bettina Heinzle.

Tipp 5: Stornobedingungen kennen

Grundsätzlich gilt kein Rücktrittsrecht. Können Sie die Reise nicht antreten, haben Sie die Möglichkeit, eine Ersatzperson zu benennen oder den Urlaub zu stornieren. Je später das geschieht, desto höher werden die Stornokosten. Hier gelten die Bedingungen des Reiseveranstalters. Gewisse Risiken wie etwa Unfall, Tod oder Krankheit können durch eine Stornoversicherung abgedeckt werden. In einem solchen Fall sind der Veranstalter sowie die Versicherung schriftlich zu verständigen.

Tipp 6: Reiseversicherung abschließen

Eine Reiseversicherung ist grundsätzlich empfehlenswert. „Überprüfen Sie vorab Ihre bestehenden Versicherungsverträge und auch die Leistungen Ihres Kreditkartenanbieters oder Ihrer Autofahrerorganisation“, rät AK-Konsumentenberaterin Birgit Pleikner. Reiseversicherungen sind in verschiedenen Kombinationen – also auch nur Storno oder eben in Kombination mit Unfall-, Kranken-, Reisegepäckversicherung und so weiter – buchbar.

Tipp 7: Die E-Card mitnehmen

„Bei Aufenthalten innerhalb der EU haben Sie im Krankheitsfall einen Anspruch auf die unverzüglich notwendigen Sachleistungen“, erklärt AK-Konsumentenberaterin Birgit Pleikner. Nehmen Sie die E-Card mit auf Ihre

Reise, denn auf der Rückseite befindet sich die Europäische Krankenversicherungskarte. In Ländern, mit denen ein Sozialversicherungsabkommen besteht, übernimmt die Krankenkasse maximal den Teil der Arzt- und Behandlungskosten, der im Inland aufzuwenden gewesen wäre. In allen anderen Ländern sind die Kosten selbst zu tragen. Die Reisekrankenversicherung übernimmt jenen Betrag, der durch die gesetzliche Versicherung nicht gedeckt ist.

Tipp 8: Unfallversicherung prüfen

Prüfen Sie, wo und in welcher Höhe Ihre Unfallversicherung gültig ist. Melden Sie auch im Ausland einen Unfall sofort und schriftlich der Versicherung. „Alle Belege und Bestätigungen sollten aufbewahrt und gegebenenfalls eingereicht werden“, rät Birgit Pleikner. Lassen Sie sich auch die medizinischen Behandlungen bestätigen und verlangen Sie detaillierte Rechnungen. Im Fall von Krankheit oder Unfall ist manchmal ein rascher und sehr teurer Heimtransport nötig. Informieren Sie sich über eine entsprechende Versicherung.

Tipp 9: Nach Angeboten fragen

Vor dem Reiseantritt sollten Sie sich vergewissern, dass die Versicherung zur Reisezeit auch gültig ist. Fragen Sie auch nach speziellen Familienangeboten oder – wenn Sie öfter verreisen – nach einer Jahres-Reiseversicherung.

Computer-Tipp

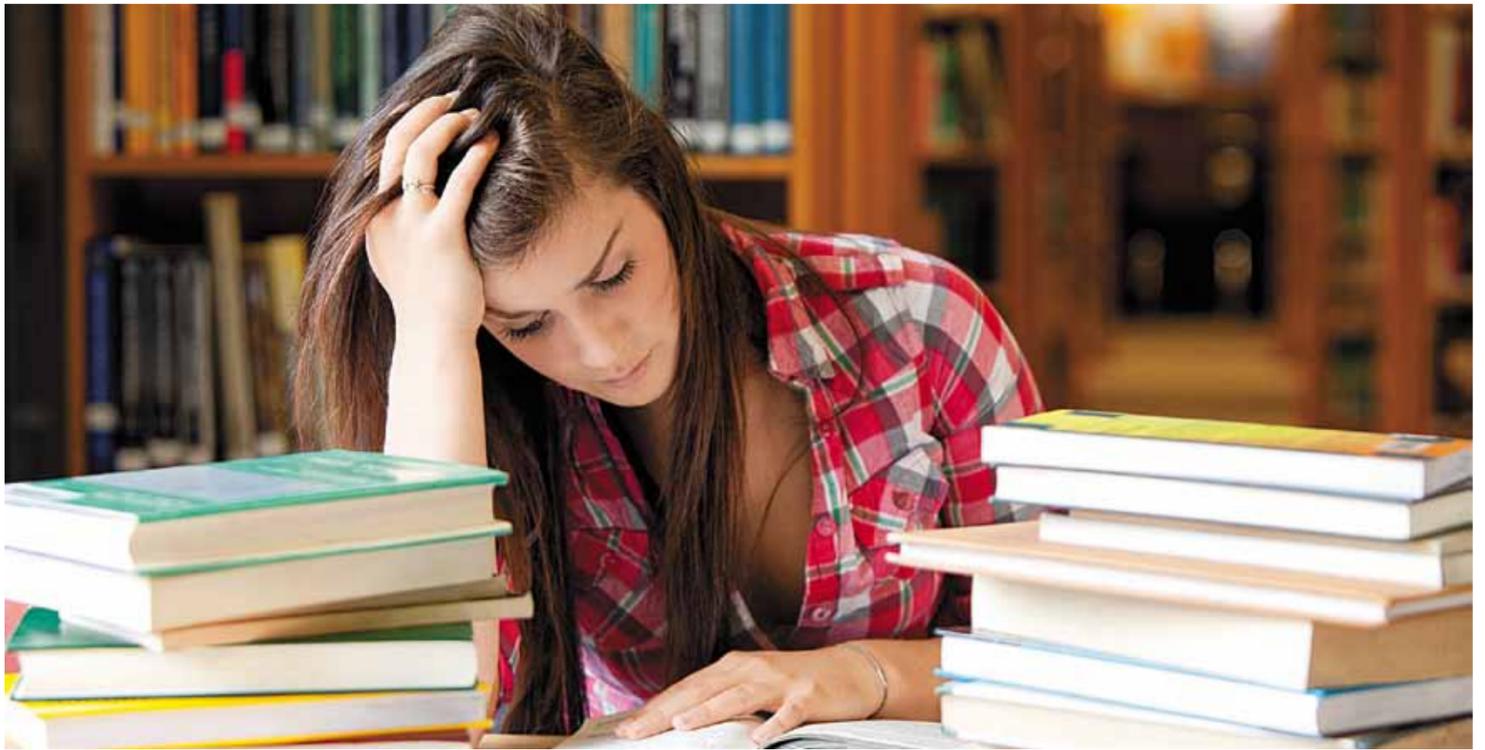
Keka

Bei diesem Programm handelt es sich um ein Pack- und Entpackprogramm für Mac OS X und ist somit eine Alternative zu StuffIt. Keka kann von der Seite des Herstellers heruntergeladen werden. Die Installation und die Handhabung des Programms sind sehr einfach gehalten. So können Dateien einfach per Drag & Drop in das Programmfenster von Keka gezogen werden. Optional kann Keka auch die sogenannten Ressourcendateien (auf dem Mac nicht sichtbare Dateien), die jedoch auf Windowsrechnern oft stören, gelöscht werden. Das Programm unterstützt auch Multi-Volumen-Archive und kann die gepackten Dateien auf Wunsch auch mit einem Passwort verschlüsseln. Keka kann 7z-, Zip-, Tar-, Gzip-, Bzip2-, DMG- und ISO Archive erstellen und entpackt RAR-, 7z-, Lzma-, Zip-, Tar-, Gzip-, Bzip2-, ISO-, EXE-, CAB-, PAX- und ACE (PPC)-Dateien. Die Software ist natürlich OpenSource und kann frei heruntergeladen und verwendet werden.



Oliver Fink

Download im Internet:
<http://www.kekaosx.com/de/>



Ergebnis der AK-Studie: Oft wird der Unterrichtsstoff in der Schule nicht verstanden, in vielen Fällen ist dann von den Eltern finanzierte Nachhilfe erforderlich.

Nachhilfe in Vorarlberg: Eltern gaben fünf Millionen Euro aus

Wie man mit Fragen gewinnen kann

Kaum ein anderes Kommunikationswerkzeug ist so wirkungsvoll wie eine Frage. Egal ob in der Gesprächsführung, in der Beratung, im Verkauf oder in Führungssituationen: In diesem eintägigen Workshop lernen Sie, wie Sie Fragen in ihrer Vielseitigkeit, wertschätzend und wirkungsvoll sowie auch in unterschiedlichen Gesprächssituationen nützen können. Das Seminar (Leitung Gerwin Baier) findet am 28. Juni 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Wirtschaft: Sandra Studer, 050/258-4032, sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Die Macht des Wortes richtig nutzen

Worte haben Macht, sie lösen bei Gesprächspartnern Reaktionen aus. Das kann ein Lächeln sein, eine Antwort auf eine Frage oder auch der Kauf von Produkten. Den richtigen Auslöser – die richtigen Wörter – zu finden ist eine Herausforderung. Der bewusste Umgang mit Wörtern ist der beste Weg zum Erfolg. Das Seminar (Leitung Mag. Manfred Schauer) findet vom 15. bis 16. Juni 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Persönlichkeit: Sandra Studer, 050/258-4032, sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Faszination der dritten Dimension erleben

TV, Kino und natürlich die Fotografie und Videotechnik entdecken vermehrt die Faszination von stereoskopischen Motiven. Sie lernen, wie Sie mit Freeware oder Open Source-Software eigene 3D-Fotos und -Videos erstellen, bearbeiten und abspielen. Jeder Teilnehmer erhält einen USB-Stick mit der vorgestellten Software und eine 3D-Anaglyphenbrille zum Ausprobieren und Mitnehmen. Der Workshop findet am 13. Juni 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

EDV: Regina Knecht, 050/258-4030, regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Die Hälfte der Eltern, die im laufenden Schuljahr außerschulische Nachhilfe für ihr Kind bezahlt haben, fühlt sich dadurch finanziell stark beziehungsweise spürbar belastet.

Durchschnittlich gaben in Vorarlberg von Nachhilfe betroffene Haushalte im aktuellen Schuljahr dafür 735 Euro aus. Insgesamt kamen dabei rund fünf Millionen Euro zusammen, wie eine repräsentative Studie des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der AK Vorarlberg ergab. Im Vergleich zum Vorjahr (5,5 Mio.) sind die Gesamtkosten um neun Prozent gesunken, bundesweit um 16 Prozent.

Nachhilfe unnötig machen

Der Bedarf an Nachhilfe hat sich aber nicht verringert, es werden einfach Angebote mit einem günstigeren Stundenhonorar bevorzugt. Bei den Lehrern steht im Jahresvergleich ein Plus von elf Prozent (von 32 auf 43 Prozent) zu Buche, Nachhilfe-Institute verlieren im selben Ausmaß (von 33 auf 23 Prozent). Eine untergeordnete Rolle im Bereich privat finanzierter Nachhilfe spielen im Ländle Studenten oder Mitschüler (15 und fünf Prozent), 19 Prozent organisieren für privaten

Förderunterricht andere Personen aus ihrem Umfeld.

In Vorarlberg geben somit besonders viele Lehrer privat finanzierten Unterricht, bundesweit liegen sie mit 32 Prozent knapp hinter den Nachhilfe-Instituten (33 Prozent) auf dem zweiten Platz.

„Ein wesentliches Ziel der Schulreform muss sein, außerschulische Nachhilfe unnötig zu machen“, sagt Gerhard Ouschan, Leiter des AK-Bildungsbereiches und merkt an: „Ein alarmierendes Ergebnis unserer Studie ist allerdings, dass fast die Hälfte der Eltern nicht bei allen Verantwortlichen den hinreichenden Willen zur Umsetzung der nötigen Reformen erkennt.“

88 Prozent sind erfolgreich

Die Hauptgründe für Nachhilfe liegen in der Verbesserung von Noten und bevorstehenden Prüfungen, in 88 Prozent der Fälle ist diese Maßnahme auch tatsächlich erfolgreich. Spitzenreiter im Fächerkanon ist die Mathematik, zwei Drittel der erteilten Nachhilfe geht auf ihr Konto, auf Platz Zwei (mit 43 Prozent) liegen Fremdsprachen.

Fast die Hälfte (48 Prozent) der befragten Eltern in Vorarlberg, die für ihr Kind bezahlte Nachhilfe engagieren,

ist dadurch finanziell stark beziehungsweise spürbar belastet. Besonders betroffen sind zwei Gruppen: Haushalte mit einem Netto-Einkommen bis zu 1600 Euro (starke bzw. spürbare Belastung: 69 Prozent) und Haushalte mit Migrationshintergrund (67 Prozent).

„Es kann doch nicht sein, dass Erfolg in der Schule vom sozialen Status und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt. Eine solche Reproduktion sozialer Ungerechtigkeit darf es in Vorarlberg und Österreich künftig nicht mehr geben“, sagt Ouschan. Außerdem habe Nachhilfe nur einen geringen pädagogischen Wert, sie sei prüfungsorientiert und übe Druck auf die Kinder aus und deshalb aus psychologischer und erzieherischer Sicht mehr als kontraproduktiv.

Differenziert nach den Schulformen zeigt sich bundesweit, dass Eltern von Kindern in der Mittelschule deutlich weniger für Nachhilfe ausgeben als jene mit Kindern in der AHS-Unterstufe (564 Euro zu 788 Euro). Die Studienautoren gehen davon aus, dass dies auch auf Vorarlberg zutrifft, obwohl die Fallzahlen im Ländle für eine exakte Bezifferung zu gering sind.

„Auch wenn die neue Mittelschule nicht bei allen auf ungeteilte Liebe

stößt, zeigt die Studie deutlich, dass nur das beherzte und mutige Umsetzen von Reformen zu nachweisbaren, positiven Effekten führt“, sagt Ouschan.

Nachmittagsbetreuung hilfreich

Die Eltern wurden auch dieses Mal gefragt, was aus ihrer Sicht helfen würde, um die finanzielle Belastung für Nachhilfe zu reduzieren. Neun von zehn Vorarlberger Eltern halten es für immens wichtig, dass der Unterricht so gestaltet wird, dass die Kinder den Lehrstoff auch wirklich verstehen. Drei Viertel sind davon überzeugt, ein weiterer Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung mit individueller Förderung wäre dabei hilfreich.

„Nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass zu einem großen Anteil Lehrer den Unterrichtsstoff außerhalb der Schule vollständig vermitteln müssen und dadurch den Eltern hohe Kosten entstehen“, so Ouschan. Frühpädagogik sei zwar nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen, es müsse aber auch der vorschulische Bereich in die Reform mit einbezogen werden, damit Kinder mit Freude und großer Lernbereitschaft in ihre schulische Laufbahn starten können.

Schulldesrat Siegi Stemer zur Nachhilfe-Studie der AK Vorarlberg

„Stärker auf einzelne Potenziale eingehen“

Die AKtion sprach mit Schulldesrat Siegi Stemer über die aktuelle Nachhilfestudie (Details siehe oben).

AKtion: Fünf Millionen Euro für Nachhilfe, ist das nicht immer noch zu viel?

Siegi Stemer: Obwohl die Ausgaben für Nachhilfe gesunken sind, sind sie immer noch viel zu hoch. Im Vordergrund steht weiterhin die Lernförderung während des Schuljahres: Mit den landesweiten Förderkonzepten wurden gute Entwicklungen eingeleitet.

Wie kann Unterricht so gestaltet werden, dass alle Kinder den Stoff auch wirklich verstehen?

Kinder und Jugendliche sollen bestmöglich durch das Schuljahr begleitet werden. Dazu gehört vor allem recht-

zeitig und richtig zu lernen und auf allfällige Leistungstiefs entsprechend zu reagieren. Dazu gehören auch gezielte Förderkonzepte, Orientierungsarbeiten, individualisierter Unterricht und Lernumgebungen, in denen Schüler im eigenen Tempo ausprobieren, üben, hinterfragen und vergleichen können.

Sind die Reformen mutig genug?

Diese veränderte Pädagogik hat Fuß gefasst und wird konsequent vertieft: Etwas weniger „Fehlerfahndung“ und stärkeres Eingehen auf die einzelnen Potenziale stehen im Mittelpunkt. Die frühen Lernjahre werden wieder mehr auf die Grundfähigkeiten konzentriert.



Schulldesrat Siegi Stemer



AK-Förderangebote in den Sommerferien

Zwei ganz besondere Angebote hat das Bildungszentrum der AK Vorarlberg in den Sommerferien im Programm. „End of summer jam“ richtet sich an Schüler von der fünften bis zur achten Pflichtschulstufe und vermittelt von der Entspannungstechnik bis zur Schnellesetechnik alles, was diese Altersgruppe in der Schule weiterbringt. Die AK-Sommerschule wird schon zum dritten Mal durchgeführt und soll speziell Kindern, die vor dem Wechsel von der Volksschule in die nächsthöhere Schulstufe stehen, einen sanften Einstieg ins neue Schulleben ermöglichen.

AK-Sommerschule: Gabriele Graf, 050/258-4042, gabriele.graf@ak-vorarlberg.at. End of summer jam: Barbara Halbeisen, 050/258-4018, barbara.halbeisen@ak-vorarlberg.at

Ein österreichweit einzigartiges Pilotprojekt am AK-Bildungscenter gibt Jugendlichen mit Handicap die Möglichkeit zur Weiterentwicklung

Bildung ohne Barriere im AK-Bildungscenter

Ein Kursangebot speziell für Jugendliche mit Handicap soll unerschlossene Potentiale freilegen und den Teilnehmern neues Selbstbewusstsein vermitteln.

Der Lehrgang für Helfer in sozialen Einrichtungen wurde in Zusammenarbeit mit dem IFS-Spatat entwickelt und ist ein Pilotprojekt des AK-Bildungscenters. Er soll Arbeitnehmern mit Handicaps, die einen integrativen Arbeitsplatz in einer sozialen Einrichtung haben, die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung bieten. Dadurch wird den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und ein positives Selbstwertgefühl vermittelt.

Die Kursinhalte sind vielfältig und sollen die ganzheitliche Entwicklung der jungen Menschen fördern. Neben sozialen Fähigkeiten wie Kommunikation am Arbeitsplatz, Umgang mit Emotionen, Teamarbeit oder Entspannungsübungen für Stressmomente wird auch Wert auf das Berufsfeld „Der alternde Mensch“, EDV-Fachunterricht und Unfallverhütung beziehungsweise Erste Hilfe gelegt.

Kursleiterteam

Neben der fachlichen Anleitung direkt an den integrativen Arbeitsplätzen war es gleichermaßen ein Ziel, die sozia-

len Fähigkeiten als wichtigen Teil der beruflichen Qualifizierung anzusehen. Für viele dieser Arbeitnehmer gab es bisher allerdings keine Angebote auf dem Weiterbildungsmarkt, diese Lücke wurde damit geschlossen.

Als Lehrgangsleiter konnte Stefan Huck gewonnen werden, der viele Unternehmen aus dem Gesundheitswesen als Führungskräftetrainer berät und Methoden der systemischen Psychologie mit den Erkenntnissen der modernen Managementlehre verbindet.

Im Kursleiterteam sind außerdem Leslie Himmen, Colette Schedel und Ingrid Zugg-Öhre vertreten. Colette Schedel vom IFS-Spatat bildet im Lehrgang die Brücke direkt in die Praxis und stellt so die Verbindung zwischen den neu erworbenen Kompetenzen der Teilnehmer und ihrer Arbeit in den sozialen Einrichtungen her.

Zugg-Öhre ist ausgebildete Pflegehelferin und arbeitet derzeit im Bereich des betreuten Wohnens. Mit ein Grund für ihre Kursleiter-Tätigkeit war die 18-jährige Berufserfahrung in der Pflege und der Bezug zur Betreuung von Menschen mit Handicap im betreuten Wohnen.

Im Gespräch mit der AKtion schilderte sie ihre Erfahrungen mit den Kursteilnehmern: „Anfangs



Erste Hilfe ist Teil des Kurses für die angehenden Helfer in sozialen Einrichtungen, so können sie auch in Ernstfällen richtig reagieren.



Das Referententeam Colette Schedel, Stefan Huck und Ingrid Zugg-Öhre (von links).

konnte ich mir nicht so recht vorstellen als Referentin in einem solchen Kurs zu arbeiten, in dieser Form ist das die erste Erfahrung, bisher hatte ich es nur mit Senioren zu tun. Ich bin total begeistert von den Teilnehmern, sie sind sehr interessiert, fragen unglaublich viel und nehmen die Sache sehr ernst.“ Im Kurs ist Zugg-Öhre für Hygiene, Erste Hilfe, Bewegung und Ernährung, die Grund- bzw. Körperpflege und alles rund um den alternenden Menschen zuständig.



„Alle sind mit großer Begeisterung bei der Sache und das bestärkt uns für die Zukunft ähnliche Seminare anzubieten.“

Gerti Scheriau, Leiterin AK-Bildungscenter

Qualifikation

„Die Teilnehmer tanken sehr viel Sicherheit und Selbstbewusstsein in diesem Kurs und wenden das Gelernte

auch schon an“, berichtet Zugg-Öhre stolz. An zwei Nachmittagen pro Woche werden die Teilnehmer rund ein halbes Jahr unterrichtet und bekommen am Ende ihrer 120-stündigen

Ausbildung ein Zertifikat des AK-Bildungscenters, als Nachweis über die angeeigneten Qualifikationen.

Gerti Scheriau, die Leiterin des AK-Bildungscenters, zeigt sich begeistert vom Engagement der Jugendlichen und jungen Erwachsenen: „Als wir dieses Projekt planten, konnten wir gar nicht ahnen, welche Dynamik es entwickeln

würde. Sowohl Kursteilnehmer als auch die beteiligten Kursleiter sind mit großer Begeisterung und richtigem Feuer eifer bei der Sache. Das bestärkt uns für die Zukunft, weitere Seminare für genau diese Zielgruppe maßzuschneidern, die bis jetzt sträflich vernachlässigt wurde. Es tut richtig gut, so viele positive Rückmeldungen zu bekommen, insbesondere

auch von den Mitarbeitern und Arbeitgebern der Jugendlichen. Es ist ein deutlicher Zuwachs an Selbstbewusstsein und Wissenshunger festzustellen, weil sie sich plötzlich ganz anders wertgeschätzt sehen. Der Lehrgang ist österreichweit einzigartig, stößt jetzt aber auch in den anderen Bundesländern auf großes Interesse.“

Ein Symposium für Frühpädagogik im Kulturhaus Dornbirn zog mehr als tausend Besucher in seinen Bann

„Spiel ist eine Poesie der Möglichkeiten“

Der Grundstein psychischer Gesundheit wird oft schon bei Kleinkindern gelegt, deshalb bedeutet Frühpädagogik mehr als nur Spielen.

Mehr als tausend Besucher kamen ins Kulturhaus Dornbirn um sich neben den Vorträgen von Cornelia Wüstmann, der einzigen Lehrstuhlinhaberin für Frühpädagogik an der Uni Graz, und dem Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde bzw. -psychologie Klaus Vavrik zu Themen der Frühpädagogik auszutauschen.

Wüstmann ging in ihrem Vortrag „Kinder in ihrem Tun und Sein ernst nehmen – Von den Aufgaben der Erwachsenen“ neben didaktischen auch auf praktische Beispiele ein. So verbringen Kinder in den ersten sechs Lebensjahren fast 15.000 Stunden mit Spielen. Spiel sei, so Wüstmann, eine Poesie der Möglichkeiten und zudem auch wesentlich mehr als ein trivialer Zeitvertreib, sondern eine wichtige Voraussetzung die Welt zu entdecken

und durch Nachahmung von Erlebtem manchmal auch eine Art Ventil um traumatische Erlebnisse, beispielsweise einen unangenehmen Arztbesuch, zu verarbeiten.

Psychosoziale Risikofaktoren

Im Vortrag von Klaus Vavrik ging es unter anderem um die Grundlagen der Bindungstheorie. Er beleuchtete dabei die Auswirkungen frühkindlicher Erfahrungen und wie negativ sie sich auf die körperliche und psychische Entwicklung auswirken können. Besonders drastisch waren seine Ausführungen zum Zusammenhang von bestimmten psychosozialen Risikofaktoren – wie etwa Gewalt in der Familie oder Armutgefährdung – und psychischen Auffälligkeiten, die im späteren Verlauf des Lebens auftraten. Trat keiner der Risikofaktoren auf, bildeten sich bei 12,4 Prozent psychische Auffälligkeiten. Traten sechs Faktoren auf, entwickelten 61,5 Prozent der Testpersonen psychische Auffälligkeiten.



Spielen ist mehr als nur ein Zeitvertreib und bereitet Kinder aufs Leben und Lernen vor.

Buchtipps

Kinder übernehmen die Macht über ihr Leben

„Kinder an die Macht“ ist spätestens seit Grönemeyers Hit ein gängiger Slogan. Was aber passiert, wenn man wirklich die Verantwortung in der Familie komplett auf die Kinder überträgt? Jochen Metzger wagt mit seiner Frau Helga den Selbstversuch. Einen Monat lang übernehmen Tochter Lara, 13, und Sohn Jonny, zehn, das Kommando. Sie verwalten die Familienkasse, entscheiden, was es zu Mittag gibt, wann die Eltern Fernsehen dürfen und zu Bett gehen müssen. Selbst Schule schwänzen ist drin. Ein Buch über leere Kühlschränke, knurrende Mägen und stapelweise Abwasch. Aber auch über Freiheit, Verantwortung und Vertrauen, Erziehung als Abenteuer – Kinder übernehmen vier Wochen das Kommando.

Alle Macht den Kindern



Patmos-Verlag Ostfildern, 191 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-8436-0083-5, 16,90 Euro

